



Apropos Europa von Frank Baasner

Irgendwo sind immer Wahlen in Europa. Die Bundestagswahl vor einem Jahr, dann die französische Präsidentenwahl im Mai, kürzlich Schweden und am kommenden Wochenende Italien. Im nächsten Jahr folgen dann Spanien und Polen.

Das sind nationale Wahlen, gewiss, aber sie gehen uns doch etwas an. Zu sehr sind wir aufeinander angewiesen, zu viele der großen Themen unserer Zeit können nur gemeinsam bewältigt werden, als dass es uns egal sein könnte, wer in unseren Partnerländern die Regierung stellt. Jedes Land hat dabei seine eigene politische Kultur, seine eigenen Traditionen und prioritären Themen. Gleichzeitig erfahren wir in den vergangenen Jahren, und besonders durch die aktuellen Krisen, dass die gemeinsamen Herausforderungen größer und die Hand-

lungsspielräume kleiner werden. Schauen wir deshalb genauer hin.

Eine Tendenz zeichnet sich in der Mehrzahl der europäischen Demokratien deutlich ab: das Anwachsen der extremen politischen Parteien. Das gilt sowohl für das klassische linke Lager, wie man am Erstarken der französischen Gruppierung La France insoumise ablesen kann. Vor allem aber wächst die Zustimmung für jene Parteien, die einen starken, wenn nicht autoritären Nationalstaat fordern und dabei die Europäische Union in ihrer aktuellen Form mehr oder minder aggressiv infrage stellen.

Sie profitieren dabei von dem weit verbreiteten und nicht unbegründeten Vorwurf, die EU mische sich in Dinge ein, die sie eigentlich gemäß des Subsidiaritätsprinzips nichts angehen. Ein weiterer Vorwurf betrifft die Rege-

lungswut der EU-Kommission mit teils grotesken Folgen für die Bürokratisierung unseres Alltags – als Beispiel sei an die gut gemeinte Datenschutzverordnung erinnert, die das Zusammenleben der Zivilgesellschaft nicht gerade befördert, um es höflich auszudrücken.

Aber der Zulauf, den die tendenziell nationalistischen Parteien aktuell erfahren, lässt ein tiefer sitzendes Grundproblem erkennen. Große Teile unserer Gesellschaften sind verunsichert und kommen mit den vielen, gleichzeitig ablaufenden Transformationen nicht zurecht. Klimawandel, Krieg in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU, die Coronapandemie, Inflation, Migration: Das sind alles Themen, die mit Angst besetzt sind. Diese emotionale Ebene müssen wir ernst nehmen. Rational lässt sich jedenfalls

nicht erklären, warum Regierungen abgestraft werden, die eine ausgezeichnete Bilanz (wie gesagt: eine rational begründbare Bilanz) vorweisen können. In Frankreich war die Arbeitslosigkeit sehr stark gesunken, ebenso in Italien. Das Wirtschaftswachstum am Ende der Pandemie war in diesen beiden und auch anderen Ländern bis zum Ausbruch des Kriegs in der Ukraine gut. Schweden hat eines der großzügigsten Sozialsysteme der Welt, Italien dank Draghis Autorität den Löwenanteil aus dem europäischen Aufbaufonds Next Generation EU erhalten – und dennoch.

Wer die Tendenz zu autoritären und vorwiegend national denkenden politischen Angeboten sorgenvoll betrachtet, muss sich klarmachen, dass mit Statistiken und Zahlen allein Überzeugungsarbeit nicht gelingen wird. Die

politischen Mandatsträger müssen auch die emotionale Ebene mitdenken und eine dazu passende Sprache finden. In dem Wahlverhalten kommt zu einem guten Teil der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Regierungen zum Ausdruck. Und das kann nur durch eine ehrliche Sprache und sichtbare politische Gestaltung zurückgewonnen werden. Der Hang zur Wahl autoritärer (und manchmal auch populistischer Parteien) erklärt sich auch durch die Sehnsucht nach einer „starken Hand“. Deshalb haben die regierenden demokratischen Parteien alles Interesse daran, die Rolle der orientierenden Führung anzunehmen.

IHRE MEINUNG? Schreiben Sie Frank Baasner, dem Direktor des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, an leserbriefe@lkz.de.